

BÜRO HANS-DIETRICH GENSCHER

R e d e

von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher

anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des

**Kolloquiums „1963: année pivot des relations franco-
allemandes?“**

am 19. Januar 2003

in Paris

Es gilt das gesprochene Wort!

Es ist der Deutsch-Französische Vertrag von 1963, der uns heute in Paris zusammenführt.

Sie werden sich morgen mit dem Zustandekommen des Vertrages, mit der Entwicklung seither und mit den Wirkungen des Vertrages in die Zukunft befassen.

Das wird noch einmal deutlich machen, wie weit der Weg ist, den wir seitdem zurückgelegt haben und wie weit die Perspektiven reichen, die er eröffnet.

Der 40. Jahrestag gibt auch Anlass genug, sich mit der Zukunft der privilegierten deutsch-französischen Beziehungen und ihrer künftigen Bedeutung zu befassen.

Der Vertrag war ganz sicher nicht der Beginn eines neuen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Weit in die Zukunft denkende Persönlichkeiten auf beiden Seiten des Rheins streckten frühzeitig die Hand aus.

Die Namen Jean Monet und Robert Schumann ragen dabei besonders heraus.

Von besonderem Gewicht waren die Stimmen derjenigen, die aus den Konzentrationslagern Hitlers kamen und die sich für ein neues und besseres Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen einsetzten.

Es gehört zu den glücklichen Fügungen der Geschichte, dass in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg in unseren Ländern

hervorragende Persönlichkeiten gab, die als französische Präsidenten und als deutsche Bundeskanzler die deutsch-französische Partnerschaft als europäische und historische Verantwortung betrachteten, als Sache von Moral und Ethik, als Sache der Vernunft und des Herzens verstanden.

Ich nenne dabei auf französischer Seite vor allem Charles de Gaulle, Georges Pompidou, Valérie Giscard d'Estaing, François Mitterrand und nun Jacques Chirac.

Und auf der deutschen Seite in der Nachfolge von Konrad Adenauer Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und nun Gerhard Schröder. Für mich ist der heutige Tag auch Anlass, den französischen Kollegen zu danken, mit denen ich in 18 Jahren zusammenarbeiten durfte.

Sie alle haben Hervorragendes für unsere Beziehungen und für Europa geleistet.

Die persönlichen Beziehungen, die mich mit Jean François-Poncet und Roland Dumas verbinden, möchte ich besonders hervorheben.

Ich möchte in meinen Dank auch einbeziehen meinen Amtsvorgänger Walter Scheel, an dessen großes Engagement als europäischer und deutscher Abgeordneter und als Mitglied der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen und für Europa ich 1974 anknüpfen konnte.

Der Elysée-Vertrag wurde zur Krönung des bis 1963 erreichten Fortschritts und zur Perspektive für die künftige Zusammenarbeit. Er bekräftigte in feierlicher Form den Willen der beiden Staaten, den Weg zueinander und für die europäische Einigung entschlossen fortzusetzen.

Er war auch Ausdruck des Wunsches nach gegenseitiger Vergewisserung über den Willen zu künftiger Gemeinsamkeit.

Und er entsprang gewiss auch der Absicht der beiden Akteure, die deutsch-französische Partnerschaft über ihre eigene Zeit hinaus zu sichern.

Die Früchte dieser Partnerschaft sind heute unübersehbar.

Das bewusst zu machen, ist wichtig genug.

Die feierliche Bekräftigung durch die Veranstaltungen hier in Frankreich am 22. Januar und am Tag danach in Deutschland entspricht der historischen Bedeutung unserer Partnerschaft.

Ich schließe darin ausdrücklich die gemeinsame Sitzung der beiden Parlamente ein.

Es war ja der Deutsche Bundestag gewesen, der mit der Präambel zum Vertragsgesetz damals Sicherungen einbauen wollte.

Seine Reise nach Frankreich an diesem Jahrestag bestätigt, dass die damaligen Vorbehalte die Sorgen von gestern waren.

Mit Befriedigung können wir feststellen, dass die deutsch-französische Kooperation für Europa in jüngster und allerjüngster Zeit neue Impulse erhalten hat.

Paris und Bonn haben das Tor für die Aufnahme der neuen Mitglieder geöffnet.

Ermutigend ist auch die Absicht von Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, im Sicherheitsrat eng zusammen zu arbeiten.

Die Vorschläge des französischen Präsidenten und des deutschen Bundeskanzler für den Verfassungskonvent sind der ernsthafte Versuch, den Beratungen des Konvents Orientierung zu geben und ihnen neue Dynamik zu verleihen.

Die Richtung, in die die Vorschläge zielen, ist zu begrüßen.

Das gilt für die bessere Effizienz der Entscheidungsprozesse, für die Stärkung der Institutionen, für die demokratische Legitimierung des Kommissionspräsidenten, für mehr Kontinuität in der Ratspräsidentschaft sowie für die Verbesserung der außenpolitischen Willensbildung und die Stärkung der Vertretung der Union nach außen durch Konzentration auf eine Person.

Es liegt jetzt in der Hand des Konvents, die Vorschläge in sein Gesamtkonzept einzufügen und sich um die Klärung der Fragen zu bemühen, die die Vorschläge aufwerfen.

Das gilt besonders für eine klare Kompetenzverteilung zwischen Kommissionspräsident und Ratspräsident.

Dass die Außenminister beider Staaten jetzt dem Konvent angehören, weist ihnen eine entscheidende Rolle für die Verwirklichung der Vorschläge zu.

Dass es sich in dieser entscheidenden Frage um eine deutsch-französische Initiative handelt, hat erhebliche Bedeutung.

Das sollten auch die Kritiker erkennen.

Es entspricht der staatsmännischen Weisheit Adenauers und de Gaulles, dass sie den Vertrag nicht durch Konkretisierung in seinen Wirkungsmöglichkeiten einengten.

Man widerstand der Gefahr, der Phantasie der Geschichte Fesseln anzulegen.

Die Frage, die wir uns heute stellen müssen, lautet: Hat die privilegierte deutsch-französische Partnerschaft noch immer ihre überragende Bedeutung für das Verhältnis unserer Völker und für Europa, oder hat sie sich durch die Entwicklung seit Abschluss des Elysée-Vertrages überholt?

Was bedeutet die bevorstehende Erweiterung für unsere Partnerschaft? Der Befund, zu dem ich komme, spricht ohne jede Einschränkung für die unverminderte, ja für die größere Bedeutung dieser einzigartigen Beziehung zwischen zwei Nachbarstaaten und -völkern.

Es ist richtig, dass die Lage in Europa im Zeitpunkt des Abschlusses des Elysée-Vertrages eine gänzlich andere war als heute.

Der Kalte Krieg hatte damals einen Höhepunkt erreicht, der Bau der Mauer in Berlin sollte nach dem Willen seiner Auftraggeber zum Symbol der Versteinerung der deutschen und europäischen Teilung werden. Heute dagegen ist das v e r e i n t e Deutschland Partner der deutsch-französischen Beziehungen.

Einen historischen Beitrag zur Einbeziehung der Neuen Bundesländer in die damalige Europäische Gemeinschaft mit ihrem Beitritt nach Art. 23 des Grundgesetzes zur Bundesrepublik Deutschland hat ein Franzose geleistet, nämlich der Präsident der Kommission Jacques Delors.

Wir verstanden sein Verhalten als Ausdruck des Willens der Europäischen Gemeinschaft und unseres Partners Frankreich zur Einheit der Deutschen beizutragen.

Die Deutschen in den Neuen Bundesländern machen mit der deutsch-französischen Partnerschaft eine neue Erfahrung aufrichtiger Überwindung der Schatten der Vergangenheit.

Das sollte auch Anlass sein, die Neuen Bundesländer in besonderer Weise in diese Partnerschaft einzubeziehen.

Warum - so muss man mit Alfred Grosser fragen - ist nicht der Ministerpräsident eines Neuen Bundeslandes zuständig für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit?

Das um so mehr, als sich mit Bernhard Vogel, dem Ministerpräsidenten von Thüringen, eine dafür hervorragend geeignete Persönlichkeit geradezu anbietet.

Wer über die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen und damit über die Zukunft Europas spricht, muss auch an die Haltung Frankreichs erinnern, als es in den Jahren 1989 und 1990 um die Herbeiführung der Deutschen Einheit ging.

Darüber zu sprechen ist notwendig, weil sich Mutmaßungen und Behauptungen über die Haltung Francois Mitterrands in jener Zeit leicht

zu einem Gift für das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen mischen können.

Dabei war es Francois Mitterrand, der mir am 29. November 1989 erklärte: die deutsche Einheit sei eine historische Notwendigkeit und Frankreich stehe dabei an der Seite der Deutschen.

Er stellte nicht die Frage nach dem Ja oder Nein zur deutschen Einheit, sondern ihn beschäftigte in jener Zeit und auch in dem Gespräch, auf das ich Bezug nehme, die Frage nach dem künftigen Wege eines vereinten Deutschland.

Und er formulierte diese Frage mit den Worten: „Wird das vereinte Deutschland den europäischen Weg fortsetzen oder wird es die alten Wege beschreiten?“

Das bedeutete in der konkreten Situation, ob Deutschland an seinen Zusagen aus dem Jahre 1988, gegeben auf dem Europäischen Rat in Hannover zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, festhält oder nicht.

Irritationen, die durch eine missverständliche Diskussion in Deutschland und auch durch missverständliche Erklärungen aus Deutschland zum Zeitplan für die Wirtschafts- und Währungsunion entstanden waren, konnten durch Klarstellung schnell überwunden werden.

Klarstellung bedeutet Bekräftigung des bisher Vereinbarten und nicht die Verabredung einer Gegenleistung für das französische „Ja“ zur Deutschen Einheit.

Unter französischem Vorsitz erklärte der Europäische Rat am 9. Dezember 1989: „Wir streben die Stärkung des Zustands des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Dieser Prozess muss sich auf friedliche und demokratische Weise unter Wahrung der Abkommen und Verträge sämtlicher in der Schlussakte von

Helsinki niedergelegten Prinzipien im Kontext des Dialogs der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen.

Er muss auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.“

In dieser Phase europäischer und deutscher Einigungspolitik verstand sich Frankreich auch als Sachwalter Polens für die Anerkennung der dauerhaften Sicherheit seiner Westgrenze.

Man darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass das Grundgesetz in seiner Präambel die Politik unseres Landes verpflichtete auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, auf die Einigung Europas und auf die Bewahrung des Weltfriedens.

Auf die Frage, was die Grenzen des vereinten Deutschland sein sollten, hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes bewusst keine Antwort gegeben.

In der Diskussion über die Teilnahme Polens als dem einzigen Land, das mit Deutschland eine offene Grenzfrage hatte, in den „Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen“, unterbreitete ich meinem französischen Kollegen und Freund Roland Dumas den Gedanken, Polen dann hinzuzuziehen, wenn über die Grenzen des vereinten Deutschland geredet wurde.

Das sollte am besten bei dem dritten Treffen im Rahmen der „Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen“, das in Paris stattfand, geschehen.

Der besonderen Bedeutung des Schicksals Polens für unsere beiden Staaten und für Europa entsprach es auch, dass ich ein Jahr später meinem französischen Kollegen Roland Dumas und meinem polnischen Kollegen Krzysztof Skubiszewski vorschlug, an Goethes Geburtstag in Weimar im Jahre 1991 zusammenzukommen, um mit der Schaffung des „Weimarer Dreiecks“, der östlichen Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft, das gehörige Gewicht zu schaffen.

Es sollte unterstreichen, dass die Öffnung der EG nach Osten ein gemeinsames Ziel von Deutschen und Franzosen sein und nicht durch alte Rivalität belastet werden sollte.

Die Auswahl des Ortes sollte über die politische Bedeutung des Treffens hinaus die kulturelle Dimension des europäischen Einigungsprozesses unterstreichen.

Gleichzeitig aber war die Wahl des Ortes Weimar mit Blick auf das benachbarte Buchenwald Ausdruck der historischen Verantwortung aus der jüngsten europäischen und das heißt auch deutsch-französischen und deutsch-polnischen Geschichte.

In Weimar wurde auch die Antwort auf die Frage gegeben, welche Bedeutung die deutsch-französischen Beziehungen in einer neuen, um unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn erweiterten Gemeinschaft haben würde.

Paris und Berlin sollten sich daran erinnern, wenn Warschau Mitglied der Europäischen Union geworden ist.

Heute ist Europa nicht länger geteilt.

Der Kalte Krieg ist überwunden.

Russland als Rechtsnachfolger des Gegners von gestern, der Sowjetunion, ist der EU und dem Atlantischen Bündnis partnerschaftlich verbunden.

Sieben Länder aus dem damaligen sowjetischen Machtbereich werden bald Mitglied unserer Europäischen Union sein, zwei weitere haben als Assoziierungspartner die Anwartschaft darauf.

Die internationale Entwicklung ist gekennzeichnet von immer stärkerer Kooperation und immer stärkerer globaler Interdependenz.

In einer solchen Entwicklung kann kein Land und keine Region mehr autonom handeln, eine Einsicht übrigens, der zu folgen die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Probleme haben, obwohl der große Erfolg

amerikanischer Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses und zur Überwindung der Teilung der Welt nur durch Kooperation - und das vornehmlich mit Europa - möglich war.

Diese enge transatlantische Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Verbündeten wird auch in Zukunft gebraucht.

Neue Herausforderungen stehen vor Europa.

Wo also liegen Aufgaben und Verantwortung für die beiden Nachbarn am Rhein?

Der Blick zurück auf das 20. Jahrhundert erlaubt die Feststellung, das nach zwei schrecklichen Weltkriegen in der ersten Hälfte und nach der Nacht des Faschismus über Deutschland und Europa in den 30er- und 40er-Jahren es in der zweiten Hälfte des vergangenen

Jahrhunderts für die europäische Staatskunst darum ging, die Einigung der Demokratien im freien Teil Europas entschlossen voranzubringen und gleichzeitig die Teilung des Kontinents und das heißt auch die Teilung Deutschlands und den Kalten Krieg friedlich zu überwinden.

Keine dieser Entwicklungen wäre vorstellbar gewesen ohne das historische Werk der Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen. Unsere Länder handelten dabei immer mehr in der Einsicht, dass ihre nationalen Interessen am besten gewahrt sein würden, wenn Europa immer stärker zusammenwächst.

Sie widerstanden immer wieder der Versuchung, einen Gegensatz zwischen nationalen und europäischen Interessen zu konstruieren und sich so in falsche Alternativen zu verirren.

Bei dieser Übereinstimmung muss es unverrückbar bleiben.

Der europäische Einigungsprozess wurde von Anfang an bestimmt von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

So war es schon im „Europa der Sechs“ der Fall war, das mit Frankreich, Italien und Deutschland drei größere und mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg drei kleinere Staaten umfasste.

Das neue partnerschaftliche Verständnis war nur möglich, weil die größeren Staaten zu der Einsicht gelangt waren, dass ihr Gewicht, ihre geographische, zahlenmäßige und wirtschaftliche Größe nicht größere Rechte, wohl aber größere Verantwortung bedeuten.

Aus dieser Verantwortung heraus müssen Berlin und Paris auch in Zukunft ihre Rolle in der und für die Europäische Union sehen.

An dem Maßstab der größeren Verantwortung müssen sich unsere Länder in allen Bereichen messen lassen.

Das gilt übrigens auch für den Reformwillen und die wirtschaftliche Wachstumsförderung, die derzeit von unseren Partnern zu Recht von Deutschland als der größten Volkswirtschaft in der EU erwartet wird.

Das Beispiel der deutsch-französischen Aussöhnung und die Akzeptanz der Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sowie die Erkenntnis, dass nationale Interessen und die Vertiefung und Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses zwei Seiten derselben Medaille sind, führte zu einer neuen Kultur des Zusammenlebens der Staaten und Völker innerhalb der EU.

So bewirkte die Einzigartigkeit der deutsch-französischen Partnerschaft jene Erfolgsgeschichte, die die Völker Europas in einer neuen Form zusammengeführt haben.

Frankreich und Deutschland haben dabei die Rolle des Motors übernommen.

Die neue Kultur des Zusammenlebens ist indessen mehr, als das Wort Motor zur Beschreibung eines von gleichen Interessen bestimmten Verhaltens zum Ausdruck bringt.

Heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, steht europäische Staatskunst vor der Herausforderung, die Einheit Europas zu vollenden.

Dazu gehört die Erweiterung der Europäischen Union, wie sie soeben beschlossen worden ist und wie sie mit den bestehenden

Assoziierungsverträgen in Aussicht genommen wurde, aber dazu gehört auch die langfristige Bestimmung des Verhältnisses der Europäischen Union zu den europäischen Völkern jenseits der polnischen Ostgrenze.

Das schließt das große russische Volk ein und nicht aus.

Das Gleiche gilt für die anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion.

Zu Recht hatte de Gaulle mit seinem Wort von dem Europa vom Atlantik bis zum Ural weit hinausgewiesen über die Grenze, die damals markiert wurde durch den Eisernen Vorhang und auch über die Ostgrenze Polens.

An der polnischen Ostgrenze beginnt eben nicht Westasien, sondern Osteuropa.

Eine immer engere Kooperation mit den dort lebenden osteuropäischen Völkern wird sich zum Nutzen aller Europäer auswirken.

Die gemeinsamen politischen, sicherheitspolitischen, ökonomischen und ökologischen Interessen mit Russland und den anderen

Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion verlangt eine strategische Partnerschaft mit ihnen.

Eine solche Politik wäre wie die amerikanisch-russische strategische Partnerschaft ein wichtiger Beitrag zu globaler Stabilität.

Präsident Putin hat im September 2001 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag in Berlin die Hand der Europäischen Union entgegengestreckt.

Heute geht es für Europa gleichzeitig darum, seinen Platz einzunehmen in einer neuen Weltordnung.

Das ist die zweite große Herausforderung für die europäische Staatskunst.

Wie wird diese neue Weltordnung aussehen, wenn Europa nicht handelt?

Und wie sollte sie aussehen, wenn Europa sich selbst und seinen Grundwerten treu bleiben will?

Die europäische Politik kann und darf sich nicht ohne Beachtung der globalen Entwicklungen vollziehen.

Europäische Politik nach innen und außen muss einem sich grundlegend verändernden Umfeld Rechnung tragen.

Die globalen Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, betreffen alle Lebensbereiche.

Massenwanderungen als Folge von Überbevölkerung und wirtschaftlicher Not, Unterentwicklung, Armut, Seuchen und Wachstumsschwäche, Undurchsichtigkeit der globalen Finanzmärkte anstelle von Transparenz, die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen, die Gefahren der organisierten Kriminalität in enger Verwandtschaft mit dem internationalen Terrorismus, die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen - auf keine dieser Herausforderungen kann es noch eine wirksame nationalstaatliche Antwort geben.

Es gibt keine wirksame deutsche, keine französische, keine belgische und keine spanische Antwort.

Es gibt nur die europäische Antwort.

Und das gilt erst recht für die Herausforderungen und die Chancen der Globalisierung insgesamt.

So erweist sich, dass die deutsch-französische Aussöhnung und Partnerschaft, und als Folge davon die europäische Einigung, nicht nur die Antwort auf die Irrtümer und die Irrwege der europäischen Geschichte sind, die Antwort auf Jahrhunderte lange europäische Bürgerkriege und auf die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Ihre historische und ethische Verankerung wird fortbestehen bleiben, aber immer deutlicher wird erkennbar, dass diese europäische Einigung auch die einzig mögliche Antwort der Europäer auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist.

Eine Herausforderung, die mit dem Wort „Globalisierung“ in ihrer Komplexität nur sehr unzureichend beschrieben wird.

Geistige Führung in Europa verlangt heute, das Bewusstsein dafür zu stärken, welche Chancen in dieser Entwicklung liegen können und welche Verantwortung Europa dafür trägt, dass eine globale Architektur entsteht, die den Grundideen Geltung verschaffen, denen Europa seinen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg verdankt.

Es sind unsere gemeinsamen Werte.

Es sind aber auch die Folgerungen, die aus diesen Grundwerten zu ziehen sind, nämlich Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung, Kooperation und nicht Konfrontation.

Es ist der Wille zu multilateralem Handeln in einer Welt fortschreitender Interdependenz.

Wieder ist es die gemeinsame Aufgabe von Franzosen und Deutschen, der europäischen Politik in dieser Ausrichtung Impulse zu geben.

Und es ist ja ganz unbestreitbar, dass sowohl die Schaffung des Weltwirtschaftsgipfels Ausdruck globaler Verantwortungsbereitschaft

war und bleibt, und dass die Schaffung der Europäischen Währungsunion ein wichtiger Beitrag zu globaler finanz- und währungspolitischer Stabilität ist.

Wir müssen uns bewusst sein:

Die bipolare Weltordnung, gekennzeichnet durch das Gleichgewicht des Schreckens zwischen Washington und Moskau, gehört der Vergangenheit an.

Was tritt an ihre Stelle?

Wird es eine unipolare Weltordnung sein, zentriert auf die Vereinigten Staaten von Amerika und deshalb von dort auch dominiert?

Oder tritt an die Stelle der bipolaren eine multipolare Weltordnung mit regionalen Kraftzentren in allen Teilen der Welt, eine Weltordnung also, in der neben den uns eng verbundenen Vereinigten Staaten, dem mit Abstand stärksten Land der Welt, Russland, das geographisch größte, China, das volkreichste Land der Welt, Indien, die größte Demokratie der Welt und Japan bestimmende Faktoren sein werden.

Und welche Rolle spielen die regionalen Zusammenschlüsse, die es in allen Teilen der Welt gibt, unter denen aber unsere Europäische Union durch Geschichte, durch kulturelle Identität, durch die institutionelle Verbindung durch einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum die mit Abstand am weitesten fortgeschrittene ist?

Entwickelt sich diese neue Weltordnung von selbst?

Sollen wir Europäer diese Entwicklung sich selbst überlassen, oder anderen oder vielleicht den USA allein?

Braucht nicht auch die entstehende neue Weltordnung Rahmenbedingungen, wie sie innerhalb unserer Staaten selbstverständlich sind?

Rahmenbedingungen aber, auf die sich die Staaten, der private Sektor und auch internationale Organisationen - staatliche und private - verständigen müssen, die also nicht auferlegt werden können.

Welche Rolle werden in Zukunft internationale Einrichtungen wie der Weltwährungsfonds, die Weltbank und die WTO neben den unverzichtbaren Vereinten Nationen einnehmen?

Und welchen Beitrag müssen wir Europäer leisten zur Architektur einer neuen Weltordnung, die um Gerechtigkeit für alle Weltregionen bemüht sein muss, wenn die Aussichten auf globale Stabilität verbessern werden sollen?

Soll es eine Welt der Über- und Unterordnung sein, oder nicht doch besser eine kooperative Weltordnung, eine multipolare anstelle einer unipolaren, hegemonialen Weltordnung?

Wo ist unser Platz in dieser Weltordnung?

Und wie kann der Partner, dem wir durch unsere Grundwerte und durch die Geschichte am engsten verbunden sind, nämlich die USA, davon überzeugt werden, dass die Partnerschaft mit den Europäern der Anker sein muss für globale Stabilität?

Das alles verlangt natürlich auch Gleichberechtigung zwischen Europäern und Amerikanern.

Sache der Europäer ist es allerdings, im Interesse der Anerkennung ihrer Gleichberechtigung auch selbst für Gleichgewichtigkeit zu sorgen.

Und liegt die Stärkung Europas nicht auch im Interesse der USA?

Europa und Amerika sind im globalen Kontext die engsten Partner.

Und sie müssen es bleiben.

Ist es nicht auch so, dass manche transatlantischen Probleme weniger die Folge sind von zuviel Amerika als vielmehr von zuwenig Europa?

Unsere Europäische Union muss sich also als ein globaler Mitspieler verstehen.

Das alles verlangt von den Mitgliedern der Europäischen Union den Willen zum gemeinsamen Handeln.

In Deutschland gibt es den ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz der Bundestreue.

Ich wünsche mir, dass sich die Mitgliedsstaaten unserer Europäischen Union stets vom Willen der Unionstreue leiten lassen.

Eine solche Gesinnung bewirkt für Europa weit mehr als die Einzelbestimmungen einer Verfassung das je zu garantieren vermögen.

Die Geschichte der EU hält viele Beispiele bereit, für ein gemeinsames Handeln der Europäer nach außen oder mit Wirkung nach außen - schon in der Vergangenheit.

Das deutsch-französische Zusammenwirken hat dabei stets eine entscheidende Rolle gespielt.

Das gilt für die Initiative Helmut Schmidts und Valérie Giscard d'Estaings für die Bildung des Weltwirtschaftsgipfels ebenso wie für die Schaffung des europäischen Währungssystems als Vorläufer der Wirtschafts- und Währungsunion.

Für deren Schaffung gilt das Gleiche.

Es gilt für wichtige Beiträge zur Lösung der Nahost-Frage.

Man erinnere sich nur der Erklärung von Venedig, deren Grundelemente in allen Lösungsvorschlägen für den israelisch-palästinensischen Konflikt auch heute noch gültig sind.

Und schließlich gilt das auch für die Meinungsführerschaft der Europäer im KSZE-Prozess, der die Rahmenbedingungen für die Überwindung der Ost-West-Teilung geschaffen hat.

Hatte noch die amerikanisch-sowjetische Erklärung von 1972 auf jede Wertorientierung der Gestaltung des Verhältnisses von Washington und Moskau verzichtet, so setzten die Europäer 1975 mit der Schlussakte

von Helsinki die Prinzipien unserer Werteordnung als Grundlage des Zusammenlebens der europäischen Völker gegenüber der Sowjetunion durch.

Die konkreten Ableitungen dieses Wertekatalogs im sogenannten Korb 3 der Schlussakte von Helsinki wurden zur Berufungsgrundlage der Bürgerrechtler überall im sowjetischen Machtbereich.

Die gegenwärtige internationale Diskussion über die Rolle der Vereinten Nationen im Irak-Konflikt verlangt eine eindeutige Position der Europäer. Es war ein großer Erfolg der französischen Außenpolitik, dass für die Zustimmung zur EntschlieÙung 1441 sowohl die USA wie die arabischen Staaten, wie aber auch Russland und China, gewonnen werden konnten. Mit dieser EntschlieÙung ist das weitere Vorgehen in die Hand des Sicherheitsrats gelegt, also dorthin, wo es nach der Charta der UN auch gehört.

Und dort muss es auch bleiben.

Oder, um es anders auszudrücken, die Entscheidung über eine militärische Aktion gegen den Irak liegt nicht bei einem oder zwei Ländern, sie liegt allein beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Es ist 40 Jahre nach Abschluss des Elysée-Vertrages zu begrüßen, dass Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder sich für ein gemeinsames Vorgehen im Sicherheitsrat in dieser so wichtigen Frage ausgesprochen haben.

Das sollte aber kein Einzelfall bleiben.

Es muss zu den vornehmsten Aufgaben der Europäer gehören, die Vereinten Nationen in ihren Rechten zu stärken.

Vier derzeitige Mitglieder des Sicherheitsrates gehören der EU an.

Das ist unter 15 Mitgliedstaaten nicht wenig, wenn sie gemeinsam handeln - wenn!

Und wenig ist es auch nicht, wenn zwei der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates EU-Staaten sind.

Schließlich hat Europa auch im Falle des Irak Anspruch auf die Beachtung seiner Interessen als unmittelbarer Nachbar der Region, als unmittelbar Betroffener von Stabilität oder Instabilität im Nahen Osten. Über den konkreten Fall hinausgehend, heißt das: Europa muss jetzt seinen Platz einnehmen in der neuen Weltordnung, den Platz, der seinem Gewicht, seiner Bedeutung und der Würde seiner Völker entspricht.

Es kann dabei Unverwechselbares einbringen, nämlich die historisch begründete Gewissheit, dass Frieden und Stabilität nur auf Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Völker gegründet werden können.

Das verlangt eine gerechte Weltordnung, in der alle Regionen unserer Welt zu ihrem Recht kommen können.

Das muss auch gelten, wenn es um die Öffnung der Märkte der Industriestaaten für die Produkte der Dritten Welt geht.

Es geht letztlich um eine gerechte Weltordnung, die bestimmt ist durch die Herrschaft des Rechts und nicht durch das Recht des oder der Stärkeren.

Die neue Kultur des Zusammenlebens in der Europäischen Union ist keineswegs nur eine Geisteshaltung, die auf Europa beschränkt ist. Und Toleranz, gegenseitige Achtung und Gleichberechtigung dürfen nicht auf den Umgang der westlichen Staaten untereinander beschränkt bleiben.

Der sogenannte Kampf der Kulturen ist genauso wenig zwangsläufig wie nationalistische oder gar chauvinistische Gegensätzlichkeit.

Das Handeln auf der Grundlage unserer gemeinsamen Wertvorstellungen vermag das zu überwinden.

Der Kampf gegen den Terrorismus, in dem die Europäer Seite an Seite mit unseren amerikanischen Partnern stehen, ist alles andere als eine Auseinandersetzung zwischen Christen und Moslems, auch wenn sich Terroristen zu Unrecht auf ihren islamischen Glauben berufen.

Die Fähigkeit von Franzosen und Deutschen, nach einer wechselvollen und schmerzlichen Geschichte, ein Beispiel zu geben für Versöhnung, für gemeinsame Verantwortung und für gemeinsames Handeln, ist eine Erfahrung, die auch in anderen Teilen der Welt helfen kann, vermeintlich unüberwindbare Gegensätze doch friedlich zu überwinden.

Dazu gehört der Wille, der Politik den Vorrang zu sichern.

Das verlangt von Europa aber auch die Fähigkeit, der internationalen Rechtsordnung Geltung zu verschaffen.

Deshalb ist die Stärkung der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität so wichtig.

Deshalb hat sie Wirkung über die Selbstverteidigung Europas hinaus.

Heute, 40 Jahre nach Unterzeichnung des Elysée-Vertrages können wir eine positive Bilanz ziehen.

Der gemeinsame Weg ist befestigt.

Seine Zukunft ist klar, solange wir uns von unseren gemeinsamen Grundwerten und Erfahrungen und von unserer gemeinsamen europäischen Berufung und unserer globalen Verantwortung für globale Gerechtigkeit leiten lassen.

Eine neue und gerechte Weltordnung, die diesen Namen verdient, braucht ein einiges und entschlossenes Europa.

Sich dessen bewusst zu sein und dieses Europa als wichtigen Faktor der globalen Ordnung zu verstehen, gehört zu der großen Verantwortung, die Franzosen und Deutsche tragen.